

RP+ Hebesatz von 3000 Prozent

Grundsteuer C beschlossen - welche Eigentümer in Dormagen betroffen sind

Von [Luis Kuminka](#)

20.05.2026 · 17:45 Uhr



Die neue Grundsteuer C greift ab dem 1. Januar 2027.

Foto: dpa / Andrea Warnecke

Dormagen · Ein Werkzeug gegen Spekulationen am Wohnungsmarkt: Der Rat der Stadt Dormagen hat die Grundsteuer C eingeführt. Geplant sind deutlich höhere Hebesätze – Eigentümer sollen aber auch an die Stadt verkaufen können.

Die Stadt [Dormagen](#) wird für unbebaute aber als baureif eingestufte Grundstücke die [Grundsteuer C](#) einführen. Das hat der Rat in seiner Sitzung am Dienstag mehrheitlich beschlossen.

„Es geht nicht darum, die Bürgerinnen und Bürger zu drangsalieren“, sagte Bürgermeister [Erik Lierenfeld](#) (SPD). „Sondern es geht darum, bewussten Spekulationen einen Riegel vorzuschieben.“ Die Grundsteuer C sei ein effektives Werkzeug, um dort Wohnraum schaffen zu können, wo leerstehende Flächen bewusst zurückgehalten würden.

Die Stadtverwaltung listet aktuell 236 Grundstücke auf, deren Eigentümer die neue Grundsteuer zahlen müssten: 55 davon liegen in Dormagen, neun in Gohr, 27 in Hackenbroich, 62 in Nievenheim, 18 in Straberg und 46 in Zons.

Grundsteuer C ab 1. Januar 2027

Greifen soll die Grundsteuer C ab dem 1. Januar 2027. Berechnet wird sie aus der Grundsteuer B, multipliziert mit einem erhöhten Hebesatz. Konkret bedeutet das für die Eigentümer der betroffenen Grundstücke: Sie müssen statt der Grundsteuer B ab Anfang nächsten Jahres die Grundsteuer C entrichten. Statt einem Hebesatz von 610 Prozent werden nach Vorschlag der Verwaltung 3050 Prozent fällig.



Mehrheitlich beschlossen wurde die Grundsteuer C am Dienstag im Dormagener Rat.

Foto: Hammer, Linda (lh)

Unterstützung erhielt Lierenfeld von der Dormagener SPD: „Wir wollen Bodenspekulationen entgegentreten, wir wollen Bauland schaffen“, sagte Fraktionsvorsitzender Michael Dries.

Auch die CDU stimmte für den Antrag: Es sei nicht richtig, dass Privatpersonen und Unternehmen jahrzehntelang dem Markt vorenthalten würden, um damit perspektivisch Profit zu erzielen, so Fraktionsvorsitzender Peter-Olaf Hoffmann.

Gegenwind für die Einführung der Grundsteuer C kam aus Reihen der AfD: „Wir lehnen das Vorhaben ab, weil es zusätzliche Belastungen für Eigentümer schafft, ohne die eigentlichen Probleme des Wohnungsmarktes zu lösen“, so Fraktionsvorsitzender Bodo Gilz. Statt neuer Steuern brauche es schnellere Genehmigungen, weniger Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau.

Ähnlich positionierte sich die Dormagener Bürger Union: Neuer Wohnraum dürfe nicht durch übermäßigen finanziellen Druck erfolgen, sondern durch Fairness und Verlässlichkeit den Bürgern gegenüber, sagte Tanja Lützenrath. „Das sehen wir hier in keiner Weise.“

Markus Roßdeutscher von der UWG bezeichnete den erhöhten Hebesatz als „Enteignung“. Bürgermeister Lierenfeld hielt dagegen: Für ein Einfamilienhaus mit einem 800-Quadratmeter-Grundstück zahle man aktuell zwischen 400 und 500 Euro jährlich. Bei einem Hebesatz von 3000 Prozent wären das rund 2000 Euro. „Da von einer Enteignung zu sprechen, halte ich für gewagt“, so Lierenfeld.

Er betonte, dass besagte 236 Grundstücke auch teilweise in der Hand von Unternehmen seien, die bewusst damit spekulieren würden.

Mit dem mehrheitlichen Votum für die Grundsteuer C beginnen in der Stadtverwaltung die Vorbereitungen bis zum Jahreswechsel. Zunächst sollen die Eigentümer der 236 Grundstücke angeschrieben, und über die neue Steueranhebung informiert werden.

Stadt bietet Kauf von Grundstücken an

Mit dem Schreiben soll laut Vorlage die „Dringlichkeit der Wohnbebauung im Stadtgebiet dargestellt und der Weg einer Kontaktaufnahme zum Amt für Bauen, Stadtplanung und Umweltschutz aufgezeigt“ werden. Idealerweise werden die Eigentümer so zur Bebauung angeregt und können gleichzeitig auf die Expertise des Bauamts zurückgreifen.

Lesen Sie auch

Bauprojekt n Moers

Umstrittene Flüchtlingsunterkunft - FDP sieht Forderung nach Neubewertung bestätigt



Mit 83 Jahren

Schauspieler Günther Maria Halmer ist tot



Die Stadt will den Eigentümern außerdem anbieten, das jeweilige Grundstück zum Bodenrichtwert anzukaufen. „Das ist ein generöses Angebot, wir nehmen den Menschen eine Last ab“, sagte Bürgermeister Lierenfeld. Normalerweise würde die Stadt meistens unter dem Bodenrichtwert kaufen. „Das ist ein sehr großes Entgegenkommen“, so Lierenfeld.

(lvk rma)